

Aus dem Gemeinderat vom 25.02.2016

Über die haupt- und ehrenamtliche Arbeit mit Asylsuchenden berichtet

Im Rahmen der jüngsten Gemeinderatssitzung berichteten insbesondere Ingrid Kaufmann-Kreuzer von der Gemeindeverwaltung sowie vier Ehrenamtliche des Arbeitskreises „Miteinander in Igersheim“ von der täglichen Arbeit mit Asylsuchenden. In Igersheim leben derzeit 44 Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft im Gewerbegebiet Neuseser Tal sowie weitere 17 Asylbewerber im Rahmen der kommunalen Anschlussunterbringung in Wohnungen im Gemeindegebiet. Außerdem hat ein Syrer mit Aufenthaltsgenehmigung eine Wohnung in Igersheim privat angemietet und über den Familiennachzug Ehefrau und zwei Kinder nachgeholt. Zwei unbegleitete minderjährige Ausländer sind vom Landkreis bei einer Pflegefamilie in Igersheim untergebracht. Derzeit leben also in Igersheim insgesamt 64 Personen als Flüchtlinge mit laufenden oder abgeschlossenen Verfahren bzw. als abgelehnte oder anerkannte Asylbewerber ohne bzw. mit nur sehr geringen Deutschkenntnissen. Für die soziale Betreuung in der Gemeinschaftsunterkunft ist der Landkreis zuständig. Ein Sozialpädagoge ist werktags in der Regel ein bis zwei Stunden in der Unterkunft und kümmert sich um Antragstellungen, Ausstellung von Behandlungsscheinen, usw. und ist Ansprechpartner des Landkreises für die Flüchtlinge.

Unter dem Dach des BürgerNetzWerkes wurde im Oktober 2015 der Arbeitskreis „Miteinander in Igersheim“ gebildet. In diesem Arbeitskreis sind derzeit ca. 50 Ehrenamtliche aktiv als Integrationspaten, Sprachvermittler, Hausaufgabenbetreuer, Spenden- und Fahrradverwalter oder auch im Förderprojekt der Allianz für Beteiligung „Teamwork gefragt“ bzw. als Praktiker in Mitmachprojekten und vieles mehr. Diese Personen kümmern sich um die persönliche Betreuung und erleichtern das Einleben in Deutschland. Zudem wird der durch VHS-Basiskurse begonnene Spracherwerb durch ehrenamtliche Angebote flankiert und die Kinder besuchen Kindergärten und Schulen. Insgesamt kann man eindeutig feststellen, dass nur durch das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt die Aufgabe bewältigt werden kann.

Im Rathaus ist Frau Kaufmann-Kreuzer als BNW-Koordinatorin auch für diesen neuen Arbeitskreis und somit für die Ehrenamtlichen zuständig. Ihr Aufgabenbereich ist mit dieser neuen Herausforderung stark angewachsen. Durch ihre Person ist der Informationsfluss zu den Ehrenamtlichen und von diesen ins Rathaus gewährleistet. Die Ehrenamtlichen nutzen die hauptamtliche Unterstützung gut und häufig. Ziel ist dabei auch, eine Überforderung der Ehrenamtlichen rechtzeitig abzuwenden und das ehrenamtliche Engagement auf Dauer aufrecht zu erhalten. Die Netzwerkarbeit bewährt sich, allerdings sprengt die Aufgabenvielfalt die zur Verfügung stehende Zeit von Frau Kaufmann-Kreuzer seit Wochen und drängt andere Aufgabenbereiche stark zurück. Auf Dauer sollte deshalb eine hauptamtliche Entlastung erfolgen, die die Integrationsbemühungen der Ehrenamtlichen koordiniert und durch kommunale Maßnahmen verstärkt. Es ist bereits jetzt abzusehen, dass mit dem Wechsel von der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung die Aufgaben eher zu – als abnehmen werden. Der Wechsel der ersten Asylsuchenden von der Gemeinschaftsunterkunft in die Anschlussunterbringung wird auch dazu führen, dass in Zukunft keine so große Homogenität in der Gemeinschaftsunterkunft mehr erreicht werden kann, wenn die Flüchtlinge weg – und zuziehen und die Integrationsbegleitung bei jedem neuen Zuzug wieder von vorne beginnen muss. Die Ehrenamtlichen und auch die Hauptamtlichen des Rathauses stellen sich darauf ein.

Die sehr gut etablierte Integrationsarbeit für Flüchtlinge und Asylbewerber in der vorläufigen Unterkunft soll übergangslos für die hier bleibenden Menschen in der kommunalen Anschlussunterbringung fortgesetzt werden.

Bürgermeister Menikheim gab einen Überblick darüber, wie die hauptamtliche Asylarbeit in

der Gemeindeverwaltung auf viele Schultern verteilt ist. Der Gesamtaufwand in der Verwaltung beträgt derzeit ca. 65-70 Wochenstunden.

Winfried Weber - Sprecher des Arbeitskreises „Miteinander in Igersheim“ - berichtete ebenfalls von der täglichen Arbeit und dankte der Gemeindeverwaltung, insbesondere Ingrid Kaufmann-Kreüßer, für die gute Zusammenarbeit. Gleichzeitig appellierte er an die Mitbürger, dass sich noch mehr Menschen ehrenamtlich einbringen und engagieren, denn dies werde im Hinblick auf den weiteren Zuzug und den bevorstehenden Wechsel in der Gemeinschaftsunterkunft aufgrund von Anerkennungen als Flüchtlinge und Anschlussunterbringungen dringend erforderlich sein. Des Weiteren äußerte er den Wunsch und die Hoffnung, dass die hauptamtliche Koordinatorin des BNW, Ingrid Kaufmann-Kreüßer, durch eine hauptamtliche Unterstützung Entlastung erfahren könne, damit diese auch wieder zu ihren eigentlichen Aufgaben komme.

Frau Dr. Gabriele Ikas verantwortlich für die Sprachförderung mit 18 Sprachvermittlern schilderte die durch Ehrenamtliche geleistete Arbeit zur Vermittlung der deutschen Sprache. In Igersheim erhalten - zusätzlich zum derzeit laufenden 100-Stunden-Basiskurs der VHS – alle erwachsenen Flüchtlinge auf sie individuell zugeschnittene intensive ehrenamtliche Förderangebote in Gruppen und Lernpatenschaften. Sie sei froh über ein engagiertes Team, dem auch viele aktive oder pensionierte Lehrer angehören. Insbesondere die große Heterogenität und die verschiedenen Niveaus seien eine große Herausforderung. Bei denjenigen Asylbewerbern, welche nur die arabische Sprache kennen, müsse zunächst mit der Alphabetisierung begonnen werden.

Bernd Mink, der die tägliche Hausaufgabenbetreuung in der Gemeinschafts-unterkunft für bis zu 11 Kinder leitet, schilderte die Arbeit seines Teams. Auch er hofft auf noch einige weitere Mitstreiter, so dass jede Gruppe mindestens doppelt, besser dreifach besetzt sei.

Svetlana Hein-Popow, Leiterin des Förderprojekts „Ankommen-Kennenlernen-Mitgestalten“, schilderte die begonnene Arbeit, die sich noch in den nächsten Monaten fortsetzen werde. Dieses Beteiligungs-Projekt richtet sich an alle Migrant*innen, egal welcher Herkunft oder wie lange sie schon in Deutschland sind. Zentrales Element sei die Mitgestaltung des öffentlichen Lebens durch Menschen mit Migrationshintergrund.

In der Aussprache des Gemeinderates wurden einige Fragen gestellt und beantwortet, insbesondere aber brachten etliche Gemeinderatsmitglieder die Anerkennung der großartigen und wertvollen Arbeit zum Ausdruck und bedachten die einzelnen Berichte auch mit anerkennendem Applaus.

Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde der Prüfantrag zur Einstellung einer Person zur Flüchtlingsbetreuung und Helferunterstützung beraten. Die Verwaltung stellte die verschiedenen Möglichkeiten ausführlich dar. Eine Möglichkeit sei der „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“. Eine andere Möglichkeit ist das „Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)“. Die Unterschiede zwischen den beiden Freiwilligendiensten BFD und FSJ sind in Durchführung, Kostenaufwand und Rahmenrichtlinien nur geringfügig. Die Verwaltung plädierte dafür, wenn man dem näher treten wolle, auf den „Bundesfreiwilligen Dienst mit Flüchtlingsbezug“ zu setzen, weil die Gemeinde Igersheim (im Kindergarten) bereits über eine „Bufdi“- Einsatzstelle verfügt und der organisatorische Aufwand und die Zulassungs-voraussetzungen damit einfacher zu erfüllen seien. Als weitere aus Sicht der Verwaltung gute Alternative wurde dargestellt, dass ein Flüchtlings- und Integrationsbeauftragter zeitlich befristet eingestellt werden könnte. Hier gibt es eine auf drei Jahre befristete Förderung der Personalkosten. Damit will das Ministerium für Integration die Integrationsarbeit in den Kommunen in Zukunft noch stärker und zielgerichteter unterstützen. Nach Abzug der Förderung beträgt der Eigenanteil der Kommune bei einer Vollzeitstelle rund 15.000 Euro jährlich.

Im Rahmen der Aussprache wurde vorgeschlagen, sowohl eine Bufdi-Stelle als auch eine Halbtagsstelle eines Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten zu schaffen. Dies könne die

Professionalität und die zeitliche Kontinuität gleichermaßen gewährleisten. Die Verwaltung sagte, mit einer solchen Lösung wäre sie hochzufrieden und gehe auch davon aus, dass dies zur Unterstützung der Ehrenamtlichen und zur Entlastung der hauptamtlichen Kräfte ausreiche. Abschließend wurde einstimmig beschlossen, eine Bufdi-Stelle mit Flüchtlingsbezug sowie befristet einen Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten in Teilzeit mit 50 % einzustellen. Die Kosten für die Gemeinde (Eigenanteil) belaufen sich auf ca. 14.000 Euro im Jahr.

Neuer BOKI für den Bauhof

Im Jahr 2004 hatte die Gemeinde für den Bauhof ein Schmalspur-Mehrzweck- Fahrzeug „BOKI“ geleast und im Februar 2010 übernommen. Das Fahrzeug wird hauptsächlich in der Grünpflege und im Winterdienst im Bereich der Fuß- und Gehwege eingesetzt. Das Fahrzeug ist in den letzten Jahren sehr reparaturanfällig geworden. Zuletzt ist nun ein Schaden am hydrostatischen Fahrtrieb hinzugekommen, sodass aktuell Reparaturen im Wert von 18.000 Euro anstehen würden. Die Verwaltung schlug deshalb vor, ein Neufahrzeug durch Leasing zu beschaffen. Im Rahmen der Gemeinderatssitzung wurde dann lebhaft darüber diskutiert, ob das Fahrzeug geleast oder gekauft werden sollte. Die Verwaltung begründete den Leasingvorschlag damit, dass man nun gerade am Jahresanfang stehe und durch den kurzfristig und überraschend entstandenen Schaden am hydrostatischen Fahrtrieb kein Geld für eine Fahrzeugbeschaffung in diesem finanziellen Umfang im Haushalt vorgesehen sei. Bei einem Fahrzeugkauf wäre das Geld gegebenenfalls der allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Aufgrund der derzeit sehr niedrigen Zinsen sei allerdings die Leasingvariante auch sehr günstig und deshalb nach Meinung der Verwaltung auch vertretbar. Schließlich wurde beschlossen, ein BOKI von der Firma Herold für 60 Monate bei einer Leasingrate von brutto 1.395 Euro und einem Restwert von 14.190 Euro zu beschaffen. Die Anschaffungssumme hingegen hätte 94.605 Euro betragen. Gleichzeitig entschied sich der Gemeinderat für die Anschaffung eines Mähpakets, das aus einem Mähwerk und einem Absaugcontainer besteht.

Bausachen

Der Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage in der Neugreutstraße in Igersheim stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Auch den erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wurde zugestimmt. Die Verwaltung erklärte, dass die Befreiungen von der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes abgedeckt sind. Es handelt sich um das erste Bauvorhaben im neuen Erschließungsabschnitt. Die Entscheidung über eine weitere Bausache wurde vertagt, bis die Stellungnahmen der Fachbehörden vorliegen.

Die Gemeinderatssitzung wurde nicht öffentlich fortgesetzt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Donnerstag, 17.03.2016 im Bürgerhaus statt, weil neben anderen Tagesordnungspunkten auch über die Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit und den Hort berichtet wird.